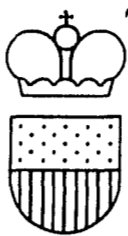


Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Rote Nasen gegen Hunger in Afrika

Millionen von Briten setzten sich am Freitag rote Plastknasen auf, um Hungernden in Afrika zu helfen. »Comic Relief« ist nach Bob Geldofs »Live Aid« und »Sport Aid« eine neue britische Initiative zur Afrika-Hilfe. Fast vier Millionen Nasen zum Stückpreis von 50 Pence wurden verkauft.

Nobelpreis für Gorbatschow und Reagan?

Unter 89 Vorschlägen für den Friedensnobelpreis 1988 sind auch Michail Gorbatschow und Ronald Reagan als gemeinsame Preisträger vorgeschlagen. Dies wurde am Freitag in Oslo bekannt.

AFP-Büro in Brüssel besetzt

Fünf Sympathisanten der Terrororganisation »Action Directe« haben am Freitag in Brüssel das Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP besetzt. Die AFP-Journalisten wurden mit Gewalt ausgesperrt. Der Büroleiter musste bleiben und wurde zu einer »Solidaritätserklärung mit den Gefangenen von Action Directe« gezwungen.

20 Mirage für Jordanien

Frankreich wird 20 Kampfflugzeuge Mirage 2000 an Jordanien liefern. Dies erklärte der Premierminister Jacques Chirac nach Abschluss der Gespräche mit König Hussein von Jordanien in Paris. Um den jordanischen Zuschlag hatten sich auch Grossbritannien und die Sowjetunion bemüht.

Usbekistan: Protest-Verbrennungen

Die sowjetische Parteizeitung Prawda berichtete am Freitag erneut über Missetats in der Sowjetrepublik Usbekistan. 270 Frauen hätten sich dort in den vergangenen zwei Jahren aus Protest »gegen die Erniedrigung ihrer Ehre und Menschenwürde« verbrannt. Zurzeit seien nur 32,9 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in einem Beschäftigungsverhältnis.

Will die Regierung bei den Ausländern flexibler werden?

Die Regierung möchte eine Änderung der Ausländerverordnung vornehmen – Drittelsbegrenzung (minus Eingebürgerte) soll erhalten bleiben

Die Frage der Ausländerpolitik in unserem kleinen Staat beschäftigt und erhitzt die Gemüter schon seit vielen Jahren. Nach der Ankündigung der Regierung steht in diesem Jahr eine Änderung der Ausländerverordnung bevor, doch soll der Grundsatz der Drittelsbegrenzung beibehalten werden. Wie dieser Grundsatz beibehalten werden soll, nachdem er seit längerer Zeit nicht eingehalten werden kann, bleibt vorerst eine offene Frage.

Derzeit gelten für den Zuzug von Ausländern die Bestimmungen der Verordnung über die »Begrenzung der Zahl der Ausländer im Fürstentum Liechtenstein« aus dem Jahre 1980. In dieser Verordnung ist der Grundsatz festgehalten, dass zwischen dem Anteil der liechtensteinischen und ausländischen Erwerbstätigen ein ausgewogenes Verhältnis anzustreben sei. Und als ausgewogenes Verhältnis er-

achtet die Regierung, wie immer wieder betont wird, ein Ausländeranteil von höchstens einem Drittel der Gesamtbevölkerung.

Suspendierung der Freizügigkeit

Nachdem die Regierung diese Grundsätze fixiert und in einer Verordnung veröffentlicht hatte, wurden mit der Schweiz Verhandlungen geführt, um den ungehinderten Zuzug von schweizerischen Staatsbürgern in unser Land zu bremsen. In einem Notenaustausch mit der Eidgenossenschaft hielt die Regierung fest, dass sie – um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ausländern und Gesamtbevölkerung zu erreichen – »vorderhand nicht mehr in der Lage ist, Artikel 3 der liechtensteinisch-schweizerischen Vereinbarung vom 6. November 1963 über die fremdenpolizeiliche Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen im an-

deren Vertragsstaat uneingeschränkt anzuwenden.« Mit dieser Note vereinbarte die Regierung die Aufhebung dieser Vereinbarung auf eine befristete Zeit, wobei bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeiten von dieser Regelung ausgenommen wurden: Insbesondere Studenten und Schüler, Berufsleute zur befristeten fachlichen Weiterbildung, die Berufe des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens, Patienten sowie Ehepartner und minderjährige Kinder von zugelassenen Personen. Ausserdem unterstehen Grenzgänger nicht den Beschränkungen der Aufenthalt.

Arbeitsmarktlage ist entscheidend

Nach dieser Vereinbarung, die trotz eines starken Ungleichgewichtes von Staatsbürgern im jeweils anderen Vertragsstaat getroffen wurde, werden «mit Rücksicht auf die Beziehungen zwischen

den beiden Staaten» die schweizerischen Bürger, die keinen Anspruch auf eine Bewilligung geltend machen können, von den liechtensteinischen Behörden »nach Möglichkeit bevorzugt behandelt«. Die schweizerischen Behörden dagegen unterstellen die liechtensteinischen Bewerber keiner zahlenmässigen Beschränkung, sondern prüfen entsprechende Gesuche von Erwerbstätigen »unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktlage«.

Obwohl einige Fälle bekannt wurden, dass liechtensteinische Bewerber Schwierigkeiten zur Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz hatten, hat sich nach Auskunft von Regierungschef Hans Brunhart die teilweise Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens bewährt. Wer Probleme erhält, der kann sich an die zuständigen Behörden, am besten gleich beim Regierungschef, mit der Bitte um Erledigung wenden. Offenbar helfen diese Interventionen auf höchster Ebene.

Flexiblere Gestaltung

Nun soll, wie Brunhart ankündigte, die Ausländerverordnung aus dem Jahre 1980 abgeändert werden. Die Änderungen sollen jedoch nicht grundsätzliche Aspekte berühren, sondern den »neuen Rahmenbedingungen« entsprechend Rechnung tragen. Die Verordnung wird nach den Worten des Regierungschefs »flexibler« gestaltet, ohne dass er näher definierte, in welcher Weise diese Flexibilität notwendig oder wünschenswert wäre. Die grundsätzlichen Ziele mit der Drittelsbegrenzung sollen erhalten bleiben, wobei diese Beschränkung auf einen Drittel um den Zuzug durch die erleichtert Eingebürgerten vermindert wird. Die erste Reduktion ist auf dem Papier bereits erfolgt, doch wurde sie zu einem Zeitpunkt vorgenommen, als die Zahl der Ausländer in unserem Land bereits deutlich höher als ein Drittel an der Gesamtbevölkerung lag. Damit bleibt die Frage offen, wie die neue Begrenzung erreicht werden kann, wenn nicht einmal die seit 1980 definierte Drittelsbegrenzung eingehalten wurde. (G.M.)

BIL: Steigerung von Bilanzsumme und Gewinn

Bank in Liechtenstein wurde die grösste Bank im Fürstentum Liechtenstein

Die Bank in Liechtenstein AG (BIL) erhöhte ihre Bilanzsumme 1987 um 15,3 Prozent auf 4,7 Mia. (4,1 Mia.) Fr. Für die gesamte BIL-Gruppe, deren Tochtergesellschaften im Ausland in die neu gegründete BIL-Holding International AG Zürich eingebracht wurden, stieg die Bilanzsumme um 15,6 Prozent auf 5,3 Mia. Fr. (4,6 Mia. Fr.) an. Der Reingewinn erhöhte sich um 13,2 Prozent auf 40,1 Mio. Fr. (35,5 Mio. Fr.). Die BIL weist für 1987 erstmals, auch ohne Einbezug der ausländischen Gruppengesellschaften, die grösste Bilanzsumme der drei Banken im Fürstentum Liechtenstein aus.

Auf der Aktivseite liegen die Bankendebitoren mit 2,2 Mia. Fr. (1,8 Mia. Fr.) um 21,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Ausleihungen an Kunden wuchsen um 12,7 Prozent auf 1,5 Mia. Fr. (1,3 Mia. Fr.) an, während die Hypothekendarlehen als Folge der starken Bautätigkeit um 17,3 Prozent auf 414,3 Mio. Fr. (353,5 Mio. Fr.) anstiegen.

Die Passivseite ist durch die relativ geringe Aufstockung der Bankenkreditoren um 7,5 Prozent auf 409,3 Mio. Fr. (380,9 Mio. Fr.) gekennzeichnet. Die gesamten Kundengelder erhöhten sich um 13,1 Prozent auf 3,5 Mia. Fr. (3,1 Mia. Fr.), wobei die mittel- und langfristigen Kundeneinlagen um 43,1 Prozent auf 1,124 Mia. Fr. auf 1,1 Mia. Fr. zunahmen.

Der Ertrag wurde um 16,8 Prozent oder um 14,4 Mio. Fr. auf 101,5 Mio. Fr. gesteigert. Dazu hat nach Angaben von Verwaltungsratspräsident Christian Norgren der Zinsensaldo des Kredit-

und Geldgeschäftes mit einem Zuwachs von 8,2 Mio. Fr. beigetragen. Überdurchschnittlich stark stieg der Ertrag aus dem Handel mit Devisen und Edelmetallen auf 12,2 Mio. Fr. (9,2 Mio. Fr.), aber auch die Kommissionserträge erhöhten sich auf 34,9 Mio. Fr. (31,8 Mio. Fr.).

Der Verwaltungsrat der BIL hat nach Angaben von Norgren beschlossen, eine unveränderte Dividende von 12 Prozent auf das Aktien- und PS-Kapital auszuschütten. Die offenen Reserven sollen mit 8,5 Mio. Fr. dotiert werden. Nach der Gewinnverteilung wird die BIL über eigene Mittel in Höhe von 580,8 Mio. Fr. (404,4 Mio. Fr.) verfügen.

Die ausländischen Tochtergesellschaften der BIL sind im Dezember 1987 in die neu gegründete BIL Holding (International) AG, Zürich, eingebracht worden. Am 25. Januar 1988

wurde die Fusion der New Yorker Vermögens-Verwaltungs-Gesellschaft Trainer Wortham & Co Inc. mit der BIL Management Inc., New York, zur BIL, Trainer Wortham Inc. erfolgreich abgeschlossen. Damit konnte das in den USA verwaltete Kundenvermögen um ein Vielfaches gesteigert werden und es sind entsprechende Synergieeffekte zu erwarten. Ausserdem hat sich die BIL-Gruppe mit weiteren Investoren und der Grosvenor-Gruppe an einer neuen Gesellschaft, der »International Freehold Properties« beteiligt, die im internationalen Immobiliengeschäft tätig sein wird. Die Grosvenor-Gruppe mit Sitz in Grossbritannien zählt zu einer der angesehensten Immobilienanlage- und Verwaltungsgesellschaften, die über ein weltweites Know-How verfügt. Damit kann die BIL-Gruppe ihren Kunden ein weiteres interessantes Anlage-Produkt anbieten.

Waldheim-Bericht wird vorgelegt

Historikerkommission arbeitet mit Hochdruck

Wien (spk/dpa) Die internationale Historikerkommission, die die Kriegsvorgänge des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim untersucht, arbeitet mit Hochdruck an ihrem Bericht, den sie der Regierung trotz Unklarheiten am Montag »mit Vorbehalt« vorlegen will. In Jugoslawien bekundete der Militärgeschichtler Dusan Plenca Mühe beim Auffinden des von ihm fotografierten Dokumentes.

Nach Angaben von Manfred Messerschmidt, dem west-deutschen Mitglied der Kommission, soll der Waldheim-Bericht vorerst »mit dem Stand 7. Februar« abgeschlossen und übergeben werden. Er könne bis Ende Februar ergänzt werden, falls bis dahin neues Material auftauchen sollte.

Regierung berät

Die Kommission hatte Jugoslawien um Hilfe bei der Suche nach dem Original

des Telegramms gebeten, das am vergangenen Montag im deutschen Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« veröffentlicht worden war. Wie der Österreichische Rundfunk (ORF) am Freitag meldete, wird in Belgrad eine Stellungnahme der Regierung, vermutlich über die amtliche Nachrichten-Agentur Tanjug, erwartet.

Das Thema werde schon seit zwei Tagen hinter verschlossenen Türen beraten, verlautete aus dem Aussenministerium.

Nur herumgefragt

Der Militärgeschichtler Dusan Plenca kann sein Versprechen nicht halten. Er wollte das Original des »Spiegel-Dokuments« am Sonntag im jugoslawischen Fernsehen zeigen. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte er, die Suche sei wegen der mangelnden Ordnung in den jugoslawischen Archiven sehr zeitaufwendig.

Er kritisierte Messerschmidt, weil dieser in Jugoslawien nicht echte Nachforschung angestellt habe. Messerschmidt habe nur die Archivare gefragt, ob sie etwas über Waldheim wüssten, erklärte Plenca. Er kündigte ausserdem ein Buch über Waldheims Aufenthalt in Jugoslawien an. Darin seien 240 Fotokopien und 70 Seiten handschriftliche Aufzeichnungen darüber enthalten, »was Waldheim Tag für Tag gemacht hat«.

Mehr Beschäftigte in der Industrie

Die Statistik der industriellen Betriebe ist erschienen

Die Zahl der industriellen Betriebe in unserem Land ist mit 49 Betriebsstätten unverändert geblieben, doch die Zahl der Beschäftigten stieg innert Jahresfrist um 2,7 Prozent an. Die Erhöhung der Beschäftigtenzahl ist vor allem auf die Wirtschaftszweige Nahrungsmittel und Metallindustrie zurückzuführen.

Nach der vom Amt für Volkswirtschaft herausgegebenen Statistik über die industriellen Betriebe waren am 30. September 1987 insgesamt 6441 (6270) Personen in den 49 industriellen Betrieben beschäftigt. Die Zunahme beläuft sich im Vergleich zum Vorjahresstand auf 171 Personen, was 2,7 Prozent entspricht.

Nur ein Viertel Frauen

In den industriellen Betrieben unseres Landes setzt sich die Beschäftigtenzahl vorwiegend aus Männern zusammen.

Von den 6441 Beschäftigten waren am Stichtag 4735 Männer (entsprechend 73,5 Prozent) und 1706 Frauen (26,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Anteil praktisch nicht verändert.

Drei Viertel sind Ausländer

Ohne die ausländischen Arbeitskräfte könnte unsere Industrie ihre Produktion wohl nicht aufrechterhalten. Von den 6441 Beschäftigten sind 1579 Liechtensteiner, was einem Anteil von 24,5 Prozent entspricht, während die Zahl der

ausländischen Beschäftigten 4862 oder 75,5 Prozent beträgt.

Fast die Hälfte Grenzgänger

Von den 4862 ausländischen Personen, die in unseren industriellen Betrieben beschäftigt sind, verfügen 1116 (17,3 Prozent) über die Niederlassungsbewilligung, 580 oder 9 Prozent sind in unserem Land aufgrund einer Aufenthaltsbewilligung tätig. Die Zahl der schweizerischen Grenzgänger beläuft sich auf 1113 Personen oder einen Anteil von 17,3 Prozent. Aus Österreich kommen 2053 Grenzgänger, was einem Anteil von 31,9 Prozent entspricht. Wird die Zahl der schweizerischen und österreichischen Grenzgänger zusammengenommen, so erreichen sie einen Anteil von 49,1 Prozent – also fast die Hälfte der Beschäftigten in unseren industriellen Betrieben sind Grenzgänger.

Maschinen- und Metallindustrie führend

Die meisten Beschäftigten weisen die 17 Betriebe der Maschinen- und Metallindustrie auf. In der Gruppe »Maschinen, Apparate und Werkzeuge«, die 12 Betriebe umfasst, sind 3266 Personen beschäftigt, in der 5 Betriebe umfassenden Gruppe »Metallindustrie« sind es 852 Beschäftigte. 717 Beschäftigte weist die Sparte Kunststoffverarbeitung auf, 589 Beschäftigte sind in der Herstellung von Nahrungsmitteln tätig und 386 Beschäftigte in den Holzbearbeitungsbetrieben.

Kleinere Röntgendosen

Hamburg (AP) Auf dem Gebiet der Diagnose mit Röntgenapparaten ist in Hamburg mit Millionenaufwand ein neues Gerät entwickelt worden, das eine starke Verringerung der Röntgendosis je Untersuchung möglich macht. Das bisher einzige Gerät in Europa, das in vierjähriger Arbeit im Hamburger Unternehmensbereich von Philips entstand, arbeitet seit einigen Wochen in der Radiologischen Klinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf.

Demnächst soll ein solches Gerät, das bis zu 2,5 Millionen Mark kostet, auch in Köln aufgestellt werden. Gerd Witte von der Eppendorfer Klinik ist überzeugt, dass zur Jahrtausendwende alle Apparate für konventionelle Röntgendiagnostik durch die neue Anlage ersetzt sein werden. Die Verringerung der Strahlendosis beträgt beispielsweise bei einer Lungenaufnahme 50 Prozent und bei speziellen Knochenaufnahmen nach Operationen sogar bis zu 90 Prozent.

BURO MARKXER
Buro-Systeme
9470 Buchs - 9490 Vaduz
Telefon 085/6 33 10

Auswahl Beratung Service
ist unsere Stärke
Brillen Kontaktlinsen
Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!
Grünastrasse 1 - 9470 Buchs - Telefon 085 / 6 28 18